58. Jahrgang No. 421

Berliner Volks-Zeitung

mit täglichem Familienblatt und Illustr. Sonntagsblatt

Morgen-Ausgabe

Freitag, 9. September 1910

Erscheint täglich zweimal; Sonntags nur morgens, Montags nur abends. Abonnementspreis für Gross-Berlin 75 Pfennig monatlich frei ins Haus, vierteljährlich Mark 2.25. Abonnementspreis für auswärts bei Bezug durch die Post: monatlich Mark 0.60 und vierteljährlich Mark 2.40 Insertionspreis für die Zeile 40 Pfennig, Stellenangebote und Gesuche 30 Pfennig. Kleine Anzeigen das Wort 6 Pfennig, das fette Ueberschriftswort 15 Pfennig. Redaktion und Haupt-Expedition: SW. Jerusalemer Strasse 46-49.
Chefredakteur Karl Vollrath, Berlin W.

Telephon: Amt I, Nr. 10131—10148. Filialen: Prinzenstr. 61, Kottbuserstr. 1, Wienerstr. 1—4, Frankfurter Allee 61—65, für Frankfurterstr. 81 und 87, Prenzlauer Allee 54, Schiffbauerdamm 1, Schulzendorferstr. 27, Königstrasse 56/57, Rathenowerstr. 3, Potsdamerstr. 85, Leipzigerstr. 103, Bleichenstrasse 6, Charlottenburg, Tauentzienstr. 5, Kantstrasse 54, Schönerstr. 55, Friedenau, Steglitz, Rheinstrasse 26, Gross-Lichterfelde West, Carlstrasse 1—2, Lichtenberg, Frankfurter Chaussee 129, Pankow, Bornholmerstr. 1, Rixdorf, Berlinerstrasse 41, Schöneberg, Hauptstr. 130, Tegel, Berlinerstrasse 96, Weissensee, Königs-Chaussee 61 b, Wilmersdorf, Uhlandstrasse 169/60
Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Ein neuer Schlag gegen die Modernisten.

Den Geist des finstersten Mittelalters

atmet ein neuer Erlaß (Motuproprio) des Papstes gegen die Modernisten, der gestern in Rom veröffentlicht worden ist. Ein Telegramm aus Rom berichtet uns über den Inhalt dieser neuesten Meisterleistung der vatikanischen Jesuiten folgendes:

Das päpstliche Schriftstück erinnert an alle Verordnungen, die bisher gegen den Modernismus ergangen sind, und fügt ihnen solche über die Studien in den Seminaren, über die Wahl der Rektoren und Lehrer in den Seminaren und katholischen Universitäten (!) hinzu, ferner über die Bedingungen der Beförderung der Geistlichen zu den höheren Weihen und zum theologischen Diplom, weiter über die Ueberwachung und die Zensur, die gegenüber modernistischen Schriften zu beobachten sind, über die Priesterkongresse, über den alle drei Jahre zu erstattenden Bericht der Bischöfe und der Ordensobern bezüglich der Innehaltung der erwähnten Vorschriften.

Nach Zitierung die Encyklika pascendi empfiehlt der Papst den Bischöfen und den erwähnten Oberen angelegentlichst

die Ausbildung des jungen Klerus

aufmerksam zu überwachen, damit sich dieser gut zum Kampf gegen die Irrlehre vorbereite und damit die jungen Schüler nicht durch andere Studien abgelenkt werden. **Die Lektüre von Zeitungen und Zeitschriften wird ihnen verboten.** Der Eid der lauteren Lehre und der katholischen Disziplin treu anzuhängen, soll gelestet werden von jedem Professor vor Beginn seiner Vorlesungen, von den Geistlichen, bevor sie zu den höheren Weihen aufrücken, von den neuen Beichtvätern, von den Pfarrern, Chorherren und den Benifizianten, bevor sie in den Besitz ihrer Benifizien treten, von den Beamten der bischöflichen Verwaltungen und der kirchlichen Gerichtshöfe, von den Fastenpredigern, von den Mitgliedern der Kongregationen und der Gerichtshöfe des Heiligen Stuhles.

Das Motuproprio enthält ferner die Eidesformel hierfür und gibt schließlich dem Klerus Anweisungen über die nutzbringendste Art, zu predigen und zitiert eine Stelle aus einem entsprechenden Erlaß des Papstes Leo XIII.

Wenn in Deutschland, und besonders in Preußen die Trennung von Staat und Kirche durchgeführt wäre, so könnte man die Sache als eine innere Angelegenheit der katholischen Kirche betrachten und darüber mit Stillschweigen hinweggehen. Solange aber der preußische Staat die katholischen Fakultäten an den Universitäten mit dem Gelde der Steuerzahler unterhält und bedeutende Zuschüsse für katholische Kultuszwecke leistet, hat die Oeffentlichkeit das größte Interesse an dem Vorgehen des Vatikans gegen die Modernisten und besonders an der neuesten päpstlichen Kundgebung. Es ist unerhört, daß man Professoren, die an deutschen Universitäten lehren, durch einen Eid verpflichten will, ihre wissenschaftliche Ueberzeugung zu unterdrücken, wenn diese in Widerspruch tritt zu den Weisungen der vatikanischen Jesuiten. Es ist unerhört, wenn man deutschen Studenten, zu denen doch auch die Studierenden der katholischen Theologie gehören, die Lektüre von Zeitungen und Zeitschriften verbieten will. Stände die deutsche Regierung nicht vollständig unter der Herrschaft des schwarz-blauen Blocks, so würde sie sicherlich auf das schärfste gegen diese neue Kundgebung des mittelalterlichen römischen Geistes protestieren. Und sie könnte das sehr gut dadurch tun, daß sie die katholischen Fakultäten an den preußischen Universitäten aufhebt. Zu einem solchen Entschluß wird sich aber die Regierung eines Bethmann Hollweg nicht aufraffen. Um so mehr ist es daher die Pflicht aller freiheitlich und fortschrittlich gesinnten Elemente des deutschen Volkes, mit der größten Entschiedenheit für die Trennung von Staat und Kirche einzutreten. Gegenüber der Unduldsamkeit, die der Kampf des Vatikans gegen die Modernisten an den Tag legt, und gegenüber dem Zelotismus, den die neueste päpstliche Kundgebung offenbart, gibt es in der Tat kein anderes Mittel als das, mit dem Frankreich allen übrigen Staaten Europas vorangegangen ist: die völlige Trennung von Staat und Kirche.

Prinz Ludwigs Rede und die Praxis. In seiner Altöttinger Rede von der allein wahren katholischen Religion hat Prinz Ludwig von Bayern auch die Toleranz seiner Religion gepriesen. Wie es in der Praxis damit aussieht, dafür zeugt folgender Brief des Stadtpfarrers von Gundelsheim:

„Soeben war Herr Unterlehrer Bosch bei mir mit dem Ersuchen, ihm für Ihren bevorstehenden Hochzeitstag einen Urlaub zu bewilligen. Da, wie ich kürzlich erfahren, Ihre Braut **evanelischer** Konfession ist, **mußte** (!) ich den Herrn mit dem Bescheide entlassen, der erbetene Urlaub könne meinerseits nur erteilt werden, wenn seitens beider Kupturienten vor einem katholischen Pfarramt das schriftliche Versprechen abgegeben worden sei, die zu erhoffenden Kinder in der katholischen Kirche taufen und in der katholischen Religion erziehen zu lassen; andernfalls wäre die Teilnahme eines katholischen Lehrers an der Hochzeitsfeier für die hiesige katholische Gemeinde ein **schweres Aergernis**, das unter allen Umständen vermieden werden müsse.

Ich hoffe nun in Ihrem eigensten und heiligsten Interesse, daß Sie im Hinblick auf die Kürze der menschlichen Lebenszeit und auf die schwere Verantwortung, der wir alle in der **Sterbestunde** entgegeneilen, die für einen Katholiken im Interesse seines **Seelenfriedens** unumgänglich notwendigen, oben genannten Garantien geben können, und daß ich auf Grund derselben dann dem Herrn Unterlehrer Bosch den erbetenen Urlaub erteilen kann. Einer baldigen, klaren und befriedigenden Aeußerung sieht Ihrerseits diesbezüglich entgegen. Hochachtungsvoll Stadtpfarrer Dettinger."

Diesen Brief hat — nach der Heilbronner „Neckarzeitung" — der Pfarrer an einen katholischen Mann geschrieben, der ein protestantisches Mädchen heiratete und zu der Hochzeitsfeier seinen Freund, einen katholischen Lehrer, eingeladen hatte. Legt's zu dem Uebrigen!

Kurze Chronik.

* Die Berliner Stadtverordnetenversammlung beschloß in ihrer gestrigen Sitzung einstimmig, die Regierung zu Maßnahmen gegen die Fleischteuerung aufzufordern.

* Der Papst hat einen neuen Erlaß (Motu proprio) gegen die Modernisten veröffentlicht, der schwere Eingriffe in die Rechte der deutschen Universitäten enthält.

Theodore Roosevelt stattete gestern dem deutschen Klub in Milwaukee einen Besuch ab, bei dem er in deutscher Sprache begrüßt wurde. Roosevelt überbrachte Grüße des deutschen Kaisers, dem er von dem Klub erzählt habe.

* Die Hochwassergefahr in Schlesien wird immer bedrohlicher. Man befürchtet den Eintritt einer schweren Katastrophe.

* Unter der Bevölkerung Brüssels ist infolge Genusses roher Muscheln eine Typhusepidemie ausgebrochen.

* Der Flieger Chavez brach gestern in Issy les Moulineaux den Welthöhenrekord, indem er mit einem Eindecker bis 2680 Meter emporstieg.

* Näheres im Text des Blattes.

Joseph Kainz im Sterben.

Ueber die Krankheit Joseph Kainz', die, wie wir bereits mitgeteilt haben, leider unheilbar ist, wird noch aus Wien berichtet: Seit vier Monaten war Kainzens Leben ein fortgesetztes Martyrium, dessen Schrecken gar nicht geschildert werden können. Zu ununterbrochenen, kaum erträglichen Schmerzen gesellten sich andere mit Darmlähmung verbundene Zustände, deren Peinlichkeit vom Kranken selbst am stärksten empfunden wurden. Schon kurz nach der Operation konnte festgestellt werden, daß diese den karzinominösen (krebsartigen) Wucherungsprozeß nicht zum Stillstand gebracht hatte, und das Leiden des Künstlers leider hoffnungslos war. Als er in das Sanatorium Löw zurückkehrte, wußten die Aerzte, daß er gekommen war, um hier zu sterben. Eine genauere Untersuchung lehrte, daß die Katastrophe nicht mehr fern sei.

In der letzten Woche sind nun die Geschwüre wieder aufgebrochen, und es ergaben sich wiederholt Blutungen, die dem Kranken neue schreckliche Schmerzen verursachten und den gefürchteten Kräfteverfall herbeiführten. Nur seiner zähen Natur ist es zu danken, daß Kainz bisher obsiegte. Dabei hat er selbst keine Ahnung von seinem Zustande. Die Aerzte täuschten ihn systematisch, um ihn bei guter Laune zu erhalten.

Er hat auch jetzt noch keine Ahnung von seinem kritischen Zustand. Was auf die Umgebung so schrecklich wirkt, ist die außerordentliche Geistesfrische und das ungetrübte Bewußtsein des dem Tode verfallenen Künstlers. Die meisten Besucher empfingen einen ganz falschen Eindruck von seinem Zustand, denn Kainz nahm noch immer lebhaftes Interesse an allen Kunstfragen. Er führte oft eine Stunde lang Gespräche über Kunst und zeigte guten Mut, oft gute Laune, die sich zu vielen scherzhaften Bemerkungen aufschwang. Der letzte Sonntag war ein besonders kritischer Tag, da sich eine hochgradige Herzschwäche einstellte und eine Ohnmacht die andere ablöste. Am Montag war Kainz indessen so frisch an Geist und Körper, daß er mit dem Dramatiker Birinski seinem unermüdlichen Pfleger, der nicht von seinem Lager wich und seit drei Tagen und Nächten kein Auge geschlossen hat, einigen anderen Besuchern eine Stegreifkomödie aufführte, zwar einen pikanten Ehebruchsfall, den er selber konstruiert hatte und zu dem er die Rollen unter den Anwesenden verteilte. Er selbst schoß mit seinem improvisierten Part den Vogel ab und entwickelte einen erstaunlichen Geist und Witz. Manchem Teilnehmer an diesem fröhlichen Spiel, der über den Zustand des Künstlers unterrichtet war, kamen bei dieser übermütigen Lebensbetätigung die Tränen ins Auge.

Die Ohnmachtsanfälle haben sich wiederholt. Sie erscheinen deswegen um so kritischer, als der Kranke seit drei Tagen außer einigen Eisstücken nichts genossen hat. Seit gestern hat Kainz keine Schmerzempfindung mehr. Er liegt in tiefer, todesähnlicher Betäubung, aus der er in immer größeren Zeiträumen auf Minuten erwacht.

Die „Spionage"affäre. Der in Portsmouth verhaftete Leutnant Helm vom Nassauischen Pionierbataillon 21 wird, wie aus London berichtet wird, im Gefängnis von Winchester ehrenvoll behandelt und darf Besuche empfangen. Nach seinem ganzen Auftreten ist es kaum glaubhaft, daß er ein Spion ist. Außerdem spricht er sehr mangelhaft englisch. Die Londoner Presse behandelt den Fall mit großer Ruhe, nur die „Daily Mail" benutzt die Gelegenheit zu einem Artikel in dem bekannten Stil, in dem all die Erfindungen der letzten Jahre über den Aufenthalt deutscher Offiziere in den östlichen Grafschaften und über die angeblich als Kellner verkleideten militärischen Agenten Deutschlands aufgewärmt werden.

Die Berliner Stadtverordneten gegen die Fleischteuerung.

Die gestrige Berliner Stadtverordnetenversammlung beschäftigte sich eingehend mit der schon seit längerer Zeit herrschenden Fleischteuerung. Es lagen der Versammlung zwei Anträge vor:

Der Antrag der Stadtvv. Dr. Arons u. Gen. (Soz.): „Die Versammlung ersucht den Magistrat, unverzüglich Schritte zur Bekämpfung der herrschenden Fleischnot zu tun." Ferner ein dringlicher Antrag der Stadtvv. Kämpf, Cassel, Wommelsdorf und Rosenow:

„Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat: 1) mit ihr in gemischter Deputation schleunigst über die anläßlich der bestehenden Fleischteuerung notwendigen Maßnahmen zu beraten und 2) die Reichsregierung zu ersuchen, alle zur Milderung der Fleischteuerung sofort durchführbaren Mittel unverzüglich zu ergreifen."

Der sozialdemokratische Antrag wird durch Stadtv. **Borgmann** (Soz.) begründet. Weite Kreise der Bürgerschaft seien jetzt in gerechtfertigter Erregung wegen der hohen Teuerung der Fleischpreise, die allenthalben eingetreten ist. Diese Belastung gebe alle Veranlassung, alle Schritte zu tun, die möglich sind, um eine Aenderung dieser bedenklichen Kalamität herbeizuführen. Der Redner gibt einen Nachweis der kolossalen Steigerung der einzelnen Fleischpreise; diese seien jetzt zu einer Höhe gestiegen, daß die allergrößten Bedenken Platz greifen müssen. Schon im Jahre 1906 sei in dieser Versammlung über die teuren Fleischpreise geklagt worden, seitdem seien diese so in die Höhe gegangen, daß das Fleisch für viele Tausende kaum noch ein notwendiges Lebensmittel, sondern ein Genußmittel geworden sei. Dadurch entstehen die allergrößten Gefahren für die Gesundheitsverhältnisse unserer Bürgerschaft. Alles, was durch die vorher erörterte Vorlage den verschiedenen Kategorien der Arbeiter gewährt worden sei, werde allein durch die Fleischteuerung aufgezehrt. Die Kalamität sei auf die protektionistische Politik zurückzuführen, die seit langer Zeit in unserem Wirtschaftsleben Platz gegriffen hat; sie habe dazu geführt, daß sämtliche Grenzen für die Einfuhr von lebendem sowohl als auch geschlichtetem Vieh geschlossen worden sind. Man schützt für diese Maßregel dem Schutz vor Verseuchung vor. Sehr sonderbar mutet es an, daß gerade das deutsche Vieh, das zur Ausstellung nach Argentinien geschickt werden sollte, als seuchenverdächtig zurückgewiesen werden mußte! Niemand werde etwas dagegen haben, daß wir jede mögliche Schutzwehr gegen Verseuchung errichten, aber weit darüber hinaus sind die Fleischpreise in unberechtigter Weise erhöht worden. Man verhindert die Einfuhr des sehr guten Viehs aus Dänemark, bloß, um die Preise zu halten. Auch Südamerika ist imstande, ebenso gutes erstklassiges Vieh zu entsenden, aber es wird daran gehindert. Die Statistik weist unwiderleglich nach, daß unsere Landwirtschaft nicht in der Lage ist, den Fleischbedarf für das Deutsche Reich zu decken. Es muß bei der Regierung das gewünschte Entgegenkommen finden wird, ist zweifelhaft, denn sie befindet sich unter dem

Einfluß einer kleinen Clique.

Aber die Vertreter einer Millionenstadt müssen ihre Stimme erheben und den Magistrat bitten, jedes Mittel in Bewegung zu setzen, um der Regierung zu sagen, daß man diese Behandlung der Bedürfnisse unserer großstädtischen Bevölkerung sich nicht länger gefallen lassen kann, sondern die Oeffnung der Grenzen nicht nur für geschlachtetes, sondern auch für lebendes Vieh fordern muß. (Beifall.)

Stadtv. **Kämpf** (A. L.) empfiehlt den Antrag seiner Freunde unter Darlegung einer Reihe volkswirtschaftlicher Gedanken, die bei dieser Frage in den Vordergrund treten. Die Fleischteuerung sei, wie im gesamten Deutschland, so auch in Berlin außerordentlich fühlbar. Die Wohlhabenden empfinden sie als Unbequemlichkeit, die Weniger bemittelten fange schon an Sorge zu tragen, und die Unbemittelten leiden darunter wie unter einem Notstand. Die extremen Agrarier allerdings bezeichnen den allseitigen Ausdruck des Unmuts als „Fleischerrummel", wie sie ja alles als „Rummel" bezeichnen, wenn ihnen gezeigt wird, in welche Position sie sich durch ihre Politik gebracht haben. Daß der Mangel an Vieh vorhanden ist, zeigt in gewissem Sinne ein Erlaß des preußischen Landwirtschaftsministers, ebenso eine Kundgebung von autoritativer Seite in Bayern. Es handelt sich um

keine vorübergehende Erscheinung,

sondern sie wird nachgerade dauernd. England hat ebenso Schutzwehren gegen die Seuchengefahr wie wir, und dies ist auch durchaus zu billigen, aber da, wo eine Seuchengefahr nicht vorliegt, hat man in England Einrichtungen getroffen, um die nötigen Wege für die ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch zu finden.

Der Redner verweist darauf, daß aus Argentinien ausgeschlachtetes Rindfleisch in großen Quantitäten in Kühlräumen nach England geschafft wird, und erwähnt andere derartige Maßnahmen. Bei uns scheine man aber hinter unseren Zollmauern den weiteren Blick verloren zu haben. Wir bedürfen des Fleischimports, denn der Viehbestand in Deutschland sei nicht in dem Maße gewachsen wie die Bevölkerung. Deshalb müsse unsere ganze Politik darauf gerichtet werden, gerade den bäuerlichen Besitzern die Möglichkeit der Existenz zu schaffen durch billige Eisenbahntarife und durch Verbilligung der Futtermittel, die man nicht durch allerhand Zölle belasten sollte. Gefordert müsse also werden: die Ermöglichung der Futtermittelzölle, Zulassung von Büchsenfleisch und sonstigem Fleisch aus dem Auslande, Einfuhr ausgeschlachteten Fleisches aus dem Auslande unter Beobachtung aller sanitären Vorsichtsmaßregeln. Ein fahre lebenden Viehs unter Wegfall aller Erschwernisse, die nicht unbedingt notwendig sind usw. Die Regierung muß aufgefordert werden, an die Lösung der ernsten Frage mit Eifer heranzutreten und den Bedürfnissen der Konsumenten mehr Gehör zu schenken wie bisher, und die Vertreter der hauptstädtischen Bevölkerung dürfen nicht ablassen, so lange auf die Regierung einzuwirken, bis sie den berechtigten Forderungen Genüge leistet. (Lebhafter Beifall.)

Stadtrat **Fischbeck** zweifelt keinen Augenblick, daß der Magistrat dem Antrage auf Beratung in gemischter Deputation beitreten wird,